

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

28. Jahrgang, Wien, Freitag, den 27. Jänner 1922.

Preisüberschreitungen. Das Marktamt der Gemeinde Wien hat in den letzten Tagen wieder eine ganze Anzahl von Anzeigen wegen Verdächtig übermässiger Preisforderungen erstattet, vor allem gegen die Fleischhauer Franz Kadletz, XVIII., Stand Johann Nepomuk Vogelplatz, Karl Reiser, XVIII., Semperstrasse 38, Josef Eder, III., Großmarkthalle, Gustáv Heinemann, XVIII., Stand Johann Nepomuk Vogelplatz, Johann Windhaber, XII., Singrinergasse 16, Michael Gruber, XVIII., Stand Johann Nepomuk Vogelplatz und Max Weingast, III., Steingasse 52 bei Rindfleisch, gegen die Fleischhauer Josef Horwath, XII., Schönbrunnerstrasse 273, Franz Miksofsky, XII., Ruckergasse 47a und Theres Mayer, XII., Schönbrunnerstrasse 258 bei Kalbfleisch, gegen das Fleischhauer Rudolf Forst, XII., Hetzendorferstrasse 133 bei Rind- und Kalbfleisch, und gegen den Fleischhauer Johann Jordan, Großmarkthalle bei Schweinescherten. Weitere Anzeigen wurden erstattet gegen den Gemischtwarenverschleisser Franz Schwengler, XVIII., Währingerstrasse 79 wegen übermässiger Preise bei Cornde-Beef und gegen den Fleischselcher Johann Schmidt, X., Bürgerplatz 16, sowie die Gemischtwarenverschleisser Hermann Imbermann, II., Rembrandtstrasse 13, und Alexander Sloboda, III., Rennweg 70 gegen Preisüberschreitung bei Würsten. Wegen Preisüberschreitung bei Mohn wurde der Viktualienhändler Wenzel Büsche zur Anzeige gebracht, da dieser Mohn bei einem Einkaufspreis von 1200 K pro kg um 1600 K weiter verkaufen wollte. Schliesslich wurde bei dem Lebensmittelverschleisser Leon Blatt, IX., Zimmermannsgasse 14, wegen des Verdächtigen der Preistreiberei und des Kettenhandels Kondensmilch mit Beschlag belegt und Blatt zur Anzeige gebracht.

25 Jahre Elektrische. Am 28. Jänner 1897 wurde in Wien die erste elektrisch betriebene Strassenbahnlinie der Wiener Tramwaygesellschaft, die sogenannte Transversallinie, eröffnet, die vom Strassenbahnhof Vorgartenstrasse nächst der Reichsbrücke aus zum Praterstern und von da wie die heutige Linie „5“ über die Wälschsteinstrasse und Kaiserstrasse bis zum Raimundtheater führte. Sie war 9.4 km lang und von der Union Elektrizitätsgesellschaft in Berlin mit oberirdischer Stromzuführung nach dem System Thomson Houston ausgerüstet. Der Strom wurde aus dem Kraftwerk der allgemeinen österreichischen Elektrizitätsgesellschaft in der Oberen Donaustrasse geliefert. Der Betrieb wurde mit 30 Triebwagen aufgenommen, bei denen die Stromabnahme durch Stange und Rolle erfolgte. Einige Tage später wurden diesen Triebwagen auch Beiwagen angehängt. Zur Jubiläumsausstellung wurde von der Firma Siemens & Halske im folgenden Jahre (1898) auf der Strecke Hauptallee-Augartenbrücke und Radetzkybrücke-Hauptallee der elektrische Betrieb mit Stromzuführung durch den Bügel eingerichtet.

Die Wagen, die diese Strecken durchfahren, waren außerdem mit Akkumulatoren ausgerüstet, die während der Fahrt über die Ringstrasse den Strom lieferten. Als die Unterleitung auf dem Ring fertiggestellt worden war, verschwand dieses System. Seitdem im Dezember 1915 auch die Unterleitung aufgelassen worden war, gibt es in Wien nur mehr Oberleitung und Stromzuführung durch den Bügel. Während dieser Wandlungen in der Art der Stromzuführung wurde das Pferd und der Dampf als Zugkraft immer mehr zurückgedrängt. Am 27. Juni 1903, einige Tage vor der Übernahme der Strassenbahnen in die eigene Verwaltung der Gemeinde Wien ist mit der Elektrisierung der letzten Pferdebahnlinie der ehemaligen neuen Wiener Tramwaygesellschaft das Pferd aus dem Strassenbahnbetrieb ausgeschaltet worden und mit der am 19. Jänner d. J. erfolgten Aufnahme des elektrischen Betriebes auf der Strecke nach Groß Enzersdorf ist auch die Dampflokomotive aus dem Strassenbahnverkehr verschwunden. Die Einführung des elektrischen Strassenbahnbetriebes vor 25 Jahren war der Anstoss zu einer außerordentlich raschen Entwicklung der Strassenbahnen als Verkehrsmittel in Wien, sowohl nach Aussen als auch nach Innen. Die hervorragende Stellung, die die Wiener Strassenbahn nicht nur wegen ihrer Bedeutung für das Wiener Verkehrsweesen, sondern auch unter den Strassenbahnen aller übrigen Städte einnimmt, kommt zum Ausdruck in der Betriebslänge, die jetzt rund 270 km beträgt, in der Betriebsleistung, die ungefähr 110 Millionen Wagenkilometer jährlich ausmacht, und in der Anzahl der beförderten Fahrgäste, die während des Krieges bis auf 560 Millionen stieg.

Der Transithandel und die Lagerhäuser der Stadt Wien. In den Lagerhäusern der Stadt Wien ist eine ständige Zunahme des Umschlagverkehrs zu verzeichnen und es herrscht insbesondere in den letzten Wochen ein derartiger Andrang an Bahn- und Schifftransporten, dass die Einrichtungen trotz aller Zubauten und Erweiterungen der jüngsten Zeit (Fassungsvermögen 10.000 Waggons, tägliche Leistung 300 - 400 Waggons) nicht mehr genügen. Durch das Entgegenkommen der VI. Sektion für Pferdenutzung der österr. Landwirtschaftsgesellschaft war es möglich, die Gebäude des an die Lagerhäuser im Prater anstossenden Pferdeausstellungsplatzes zu erwerben und sofort zu beützen. Weiters hat die 1. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft in dankenswerter Weise zwei Magazine am Donauuferbahnhof für den Bahngüterumschlag zur Verfügung gestellt. Ferner sind Bahnhofsbauten und die Errichtung eines sechsstöckigen Stückgut- und Getreidespeichers in der Prateranlage der Lagerhäuser in Ausführung begriffen. Für die weitere Durchführung der grosszügigen Ausgestaltung der Lagerhäuser, für welche die Gründe schon erworben wurden, hat der Gemeinderat, wie bereits gemeldet, ein besonderes Ausstellungsbüro errichtet.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. Jänner 1922.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und hält dem verstorbenen Ehrenbürger der Gemeinde Wien Hans Wilczek folgenden Nachruf: Ein großer Freund der Menschen, ein Linderer ihrer Not und Tröster in ihrem Kummer, ein Förderer der Kunst und vieler edlen Bestrebungen ist mit Hans Wilczek dahingegangen. Der Gemeinderat hatte den Verbliebenen am 14. September 1885 in Anerkennung seines hervorragenden gemeinnützigen und humanitären Wirken zum Ehrenbürger der Stadt ernannt; es wurde damals die edle Begeisterung gerühmt, von der Hans Wilczek für die Wissenschaft und ihre hohen Aufgaben erfüllt war, und auf die zum Zwecke ethnographischer und geographischer Studien unter persönlichen grossen Opfern unternommenen Reisen in die entferntesten Länder hingewiesen, auf die durch ihn ermöglichten Polarexpeditionen, auf seine geistige Führung bei so vielen der Kunst und dem wirtschaftlichen Fortschritt gewidmeten Unternehmungen und nicht zuletzt auf die von ihm jederzeit ausgehende und ins Werk gesetzte humanitäre Hilfsbereitschaft, der das Entstehen einer Reihe humanitärer Institute wie das Studentenkonvikt, das Rudolfinerhaus und die Freiwillige Rettungsgesellschaft zu danken ist, an deren Bestand er bis zu seinen letzten Tagen mitwirkte. Ich will ferner auf die mit ausserordentlichem Opfern wiederhergestellte Burg Kreuzenstein, die einen unermesslichen nationalen Schatz an kunsthistorischen Werten darstellt, hinweisen. Kunstsinne und Menschenliebe, das waren die Leistungen dieses hervorragenden Mannes und wir werden dies nicht vergessen, wenn er nun müde geworden von seinem arbeitsreichen Leben von uns Abschied genommen hat. Den Winterbliebenen werde ich die Teilnehmender Stadt Wien zum Ausdruck bringen und werde auf der Bahre des Verstorbenen einen Kranz niederlegen lassen.

Gespendet haben: Der Kohlenversorgungsdienst des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten für humanitäre Privatinstitutionen zur Beschaffung von Kohle 25.000.000 K, der italienische Fußballverband in Mailand zur Auspeisung armer Schulkinder 710.000 K, die deutsche Kolonie in Arequipa, Peru, für notleidende Kinder 96.390 K, Oskar Hertzke, IX., ein Legat für die Armen 20.000 K, St. Waldeck, Brooklyn, Amerika, für die Armen Wiens 10.000 K, für die Armen des 13. Bezirkes, Charlotte Schmidt XIII, 10.000 K, August Schopp XIII, 1000 K und Dr. Rudolf Moudry 403 K, Julius Bredsky IV, für die Armen Wiens 5000 K, Dr. Otto Klein, IV., für die Armen 5000 K, Alois Ulbrich, XI, für die Armen 1000 K, John Konstantine Markakis in Kansas City, Amerika, für österreichische Waisenkinder 4000 K, Leon von Rest in Haag Holland, als Notstandsspende 2000 K, Kommerzialrat Schmidt, ein Legat für die Armen 2000 K, die Pa. Gebrüder Guttmann, Wien, für bedürftige Einwohner 500 g Hansbrandkehle, das amerikanische rote Kreuz in Wien für das Jubiläumsspital 2 Aufteilungen Arzneien und medizinische Behelfe, das Komitee „Ver de Kinderen“ in Haag, Holland, 10 Sboke Weizengries und je 2 Sboke Reis, Zucker und Pflaumen.

Der Bürgermeister teilte dann mit, dass das Geschäftstück

Post 16 von der Tagesordnung abgesetzt wird (Ausgestaltung des Rathauskellers). Zu dem Posten 1, 2, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 3, 33, 34, 35, 36, 5, 9, 11-15, 37, 17, 18, 39, 19, 20, 21, 41, 42, 43, 44, 23 und 24 ist niemand zum Worte gemeldet, weswegen diese Posten als abgenommen betrachtet werden. St. R. Richter (Ser-Don) berichtet über die Weihnachts-spende für die Wiener Gruppen im Burgenlande. Wegen der Kürze der Zeit war es damals nicht möglich vom Gemeinderat den entsprechenden Kredit für die Kosten dieser Spende von 1.586.000 K zu verlangen, weswegen jetzt beantragt werde, diese Summe nachträglich zu genehmigen. St. R. Hummelhardt (Chr-Don) bezieht sich auf die Weihnachtsfeier ohne Besorgung der Mehrheit, dass die braven Soldaten, die ihren Fahnenfeld halten, die Gedächtnisfeier Anerkennung sollte. Es hat Zeiten gegeben, wo die Mitglieder der Majorität solchen braven Soldaten nicht die dankbare Anerkennung, sondern sogar Zeichen der Mißachtung und Minderachtung ausgedrückt haben. In diesen Fällen unterscheidet sich die Mehrheit vorteilhaft von den Herden des Wiener Bezirksrates, der

der Annahme ist, dass die Heidenaten des Infanterieregimentes No. 4 keine Würdigung verdienen. Wir müssen aber dagegen protestieren, dass die Art der Verteilung der Lebensgaben an die burgenländischen Gruppen durch den Bürgermeister und seine Parteifreunde zu einer parteipolitischen Demonstration mißbraucht werden ist. Unsere Partei hat bereits 4 Tage vor der Fahrt ins Burgenland dem Wunsch ausgesprochen, in der Abordnung durch eines ihrer Mitglieder vertreten zu sein. Das blieb unberücksichtigt, hingegen wurde der Zivilkammerrat Dr. Deutsch genommen, weil der Herr Bürgermeister augenscheinlich frohlockte, an der Grenze nicht durchgelassen zu werden. Andererseits sollte aber auch etwas verlässige Andenken des Dr. Deutsch durch diese Fahrt und Mitwirkung in der Gemeinderatsdeputation wieder aufgeführt werden. Namens meiner Partei protestiere ich dagegen, dass bei Verteilung einer aus Steuergebern der Gesamtbevölkerung stammenden Spende nicht Angehörige beider Parteien als Vertreter zugelassen werden sind und erwarte, dass die Mitglieder unterlassen werde, derartigen Akten den Stempel der Parteilichigkeit in so krasser Weise aufzudrücken.

Der Referent erwidert, die Sozialdemokraten können mit Stolz von ihrer Partei sagen, daß sie gewerkschaftliche Disziplin und politische Disziplin immer hochgeschätzt haben und auch die Treue des Fahnenweides zu würdigen verstehen. Nur muß dieser Schwur ein freiwilliger sein. Wenn wir jetzt für das Festhalten an Fahnenweide mehr Verständnis haben als früher, so muß man berücksichtigen, daß die republikanischen Truppen nicht unter dem eisernen Zwang einer strikten Disziplin stehen, sondern freiwillig Manneszucht halten und ihre beschworene Pflicht treu erfüllen. Wir haben aber auch den Truppen der monarchistischen Ära niemals den Vorwurf der Verletzung des Fahnenweides gemacht oder sie auch nur zur Verletzung angeregt, sondern wir haben uns einfach als Gegner des Militarismus bekannt und erklärt, daß er etwas vollständig volksfremdes sei und daß wir gegen diesen eisernen Zwang ankämpfen. Daß wir gegen die Urheber des Krieges eine andere Haltung einnehmen als die Christlichsozialen ist wohl selbstverständlich, sie konnten von uns doch nicht verlangen, daß wir vor das Kriegsministerium ziehen und dort eine sogenannte patriotische Kundgebung für die Fortdauer des Krieges veranstalten. Sie müssen auch verzeihen, wenn wir über den Begriff „Heldentaten“ anderer Anschauung sind als Sie. Wir überlassen es jedem nach seiner Parteianschauung das mit sich selbst anzumachen welche Stellung er diesem oder jenem Heerführer gegenüber einnimmt. Allein, es ist eine ganz andere Sache, ob wir diese Verherrlichung des Mordens in unschuldigen Kinderseelen großziehen lassen wollen. Wenn die Herren christlich und sozial sind werden sie auch wissen, daß die Verherrlichung des Mordens weder christlich noch sozial ist, ebensowenig, daß das sogenannte Kriegsheldentum als ein nachahmenswertes Beispiel dargestellt werde.

Wenn man den Truppen zu den Feiertagen etwas besseres zu Essen und Bier gibt, so kann darin wohl kein parteipolitischer Zweck erblickt werden. Es ist auch klar gelegt, ob die christlichsozialen Landeshauptleute die sozialdemokratischen Stellvertreter auf der Fahrt mitgenommen hatten. Die Zeit war eben zu kurz, um Vorbereitungen zu treffen. Was die Popularität des Zivilkommissärs Dr. Deutsch anlangt, so muß darauf verwiesen werden, daß jemand mitfahren musste, der die Dislokation der Truppen kennt. Man konnte aber doch nicht erwarten, daß da der Großdeutsche Zivilkommissär mitfährt. Wenn Dr. Deutsch wirklich populär sein will, dann hat er es nicht notwendig, mit dem Bürgermeister von Wien zu fahren, um seine Popularität aufzufrischen. Die Gemeinde Wien hat durch diese Tat einen Teil der Ehrenschuld für die Truppen abgetragen.

Bgm. Reumann: Ich habe bereits erklärt, daß ich dem Zivilkommissär aus dem Grunde mitgenommen habe, weil für uns die Zeit beschränkt war, und es notwendig war, rasch darüber orientiert zu sein, wo unsere Truppen stehen. Wir haben zwanzig Jahre lang ruhig zusehen müssen, wie Sie (zu den Christlichsozialen) mit den Gemeindegeldern nach Ihrem Gutdünken gewirtschaftet haben. Wenn aber in diesem Fall Rekrimationen erhoben werden, so muß gesagt werden, daß die Spenden aus der Hauptkassa der Gemeinde Wien angewiesen wurden. Mit dieser Sache also Planz zu machen, ist merkwürdig.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Richter (soz. Dem.) beantragt die Genehmigung eines Kredites von 150.000 K für die anlässlich des 50. Todestages Franz Grillparzers im Burgtheater stattgehabte Festvorstellung der Gemeinde Wien, und begründet seinen Antrag damit, daß zu diesem Anlasse grössere Spesen erwachsen sind, da das Orchester durch Philharmoniker verstärkt, der Männergesangsverein zur Mitwirkung herangezogen und von Direktor Wildgans ein Prolog beigesteuert wurde. Auf den Zwischenruf: „Wo war der Gemeinderat?“

erwidert der Referent, daß nur das Gemeinderatspräsidium und der Stadtsenat an der Feier teilnahmen, weil sonst noch grössere Kosten erwachsen wären.

GR. Kunschak (chr. soz.): In einem Zwischenrufe wurde dem Herrn Referenten bereits angedeutet, daß über die Durchführung dieser Grillparzerfeier im Gemeinderate sehr geteilte Meinungen herrschen. Ich bedaure, daß er kein stichhaltigeres Argument gefunden hat, als daß er bemüht war, die Sache so billig als möglich zu machen. Ich glaube Grillparzer ist ein Mann, dessen Ehrung nicht jenem Gradmesser beurteilt werden soll, dem man etwa sagt, wenn in irgendeinem Bezirke ein altes Weiblein goldene Hochzeit feiert. Es wäre möglich gewesen, die Grillparzerfeier in würdigerer Weise durchzuführen ohne besonders grösserem Kostenaufwand. Es war eine Festvorstellung des Gemeinderates und an dieser haben die Herren des Präsidiums und des Stadtsenates teilgenommen, die Mitglieder des Gemeinderates waren ausgeschlossen. Wenn der Herr Referent meinte, es wäre notwendig gewesen, daß Repräsentanten der Gemeinde Wien an der Feier teilnahmen, so glaube ich bei aller Bescheidenheit bemerken zu dürfen, daß die Gemeinderäte auch Repräsentanten der Gemeinde vorstellen und wenn der Herr Referent sich nicht zu helfen gewusst hat, hätte ich ihm den Rat erteilen können, er möge sich an den Kunstreferenten der Arbeiterzeitung Dr. Bach wenden, der hätte ihm gewiß gesagt, wie die Gemeinde Wien in die Lage gekommen wäre, eine würdige Grillparzerfeier zu veranstalten ohne besondere Kosten. Ich halte es aber für ganz und gar unzulässig, daß von einer Veranstaltung, die im Namen der Gemeinde Wien vor sich geht, die Gemeinderäte ausgeschlossen werden. Die Gemeinderäte hätten schliesslich nicht verlangt, daß sie unentgeltlich Karten bekommen, sie hätten gewiß auch einen Beitrag zu der Veranstaltung dieser Vorstellung geleistet (Zustimmung). Ich muß also nachdrücklich Protest einlegen und mein Bedauern aussprechen, daß man einen Dichter von der Bedeutung Grillparzers in der Woche feiert und daß man von der Festvorstellung die Gemeinderäte ausschließt. Eine Festvorstellung, an der neben dem Bürgermeister und dem Stadtsenat nur die Schieber teilgenommen haben! Ich glaube es muß dem Herrn Bürgermeister gar nicht so gut zu Mut gewesen sein, in der Gesellschaft es wäre ihm sicher angenehmer gewesen, wenn er um sich den ganzen Gemeinderat gewusst hätte. Eine Festvorstellung, bei der sämtliche Gemeindevertreter mit dem Bürgermeister an der Spitze eingezogen wären, das wäre eine der Gemeinde Wien würdige Feier gewesen.

Ich komme noch auf einen anderen Gegenstand zu sprechen, der wie ich vorausschicke, mit dem vorliegenden Gegenstande nicht im direkten Zusammenhange steht. Durch einen Erlaß des Bezirksschulrates ist sehr viel Aufregung in die Wiener Bevölkerung getragen worden. Und Sie, die es notwendig erachtet haben, einen großen österreichischen Dichter zu feiern, könnten bei der strengen Durchführung der Grundsätze, die in dem angezogenen Erlasse des Bezirksschulrates enthalten sind, dazu kommen, daß sie den von ihm gefeierten Dichter auch auf dem Index setzen müssten. (GR. Richter: Es ist ja keine Bibelübersetzung!) Sie haben Verfügungen getroffen über den grösseren Bestand der Wiener Schülerbibliotheken. Die Auswahl der Werke ist, wie es heisst, noch keine vollständige. Und wenn sie vollständig wäre, würde von den Wiener Schülerbibliotheken wenig übrig bleiben. Sie hätten also einfach erklären können, die Schülerbibliotheken sind zu schliessen und bis der Verbrennungsofen in Simmering fertig ist, werden sie zu seiner feierlichen Eröffnung verwendet werden. Wenn Sie Werke ausschließen, die den Geist des alten Stiefelwichspatriotismus atmen, finden Sie bei uns keine Gegner. Ich war immer persönlich ein Gegner dieses

Patriotismus und so weit ich als Mitglied des Landesausschusses Einfluss nehmen konnte auf das Schulwesen, habe ich auch in dieser Hinsicht positive Entscheidungen getroffen. Wenn Sie aber aus den Wiener Schülerbibliotheken die Erinnerungen an große, schöne und stolze Zeiten des österreichischen Volkes herausgeschafft haben, so muß das nicht nur als unsinnig sondern als kindisch bezeichnet werden. Sie werden damit nicht erreichen, daß Erzherzog Karl aufgehört eine bedeutende Persönlichkeit der Weltgeschichte zu sein. Sie wollen auch das BU -lein über Bürgermeister Dr. Karl Lueger ausgewiesen haben. Das ist eine Handlung, die uns sagt; Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt und Sie haben ihn mit weniger Mut als Ungeniertheit begangen. Das ist wirklich eine Kinderei sondergleichen. Hieselben Dr. Lueger vergessen machen zu wollen, unter dessen Regime den Wiener Kindern mehr als eineinhalbhundert Schulpaläste gebaut wurden, fast in jeder Schule Wiens, die überhaupt noch Bedeutung hat, finden Sie im Flur des Schulhauses die Tafel: Erbaut unter Bürgermeister Dr. Lueger. Sie müßten also, wenn Sie vollständig sein wollen, auch diese Gedenktafeln alle herunterreißen lassen. Wir werden Sie auch daran nicht hindern. An den Tatsachen, die Dr. Lueger als Bürgermeister geschaffen hat, können Sie nichts ändern und wenn Sie diese den Wiener Kindern verheimlichen wollen, ist das vergebliches Bemühen, denn die Leistungen Dr. Luegers bedürfen nicht der Schilderung in Büchern, davon sprechen alle Steine. Ich wollte Ihnen nur zeigen, welcher Widerspruch darin aufschreit, wenn Sie einerseits einen Dichter feiern und auf der anderen Seite alles, was Schriftstellerarbeit geleistet hat, zur Fortbildung, Erbauung und Freude der Wiener Kinder zu vernichten trachten. Dr. Lueger wird auch im Gedenken der Wiener Bevölkerung unvergänglich bleiben, wenn keine Geschichte, oder nur auf ihren schwärzesten Seiten, die Namen derer/mehr nennt, die diesen böcherfeindlichen Erlaß des Wiener Bezirksschulrates veranlaßt haben.

Im Schlußworte weist der Referent darauf hin, daß bezüglich der künstlerischen Seite der Grillparzerfeier die Meinung nicht geteilt sein kann, daß vielmehr die Festvorstellung eine Ehre für die Gemeinde Wien sei. Es ist auch unrichtig, daß von der Feier niemand etwas gewußt hat, da sie in den Zeitungen angekündigt war. Es war von der Teilnahme niemand ausgeschlossen, da das Präsidium für sich Meilende die Karten besorgt hat. Wenn auf Dr. Bach verwiesen wurde, so muß gesagt werden, daß er an der Veranstaltung mitgearbeitet hat.

Was das Ausschneiden von Büchern aus den Schulbibliotheken anlangt, so ist diese im Einvernehmen mit den Vertretern beider Parteien zustande gekommen.

GR. Wawerka (Chr-Soz): Das ist nicht wahr!

Referent: Ein eingesetztes Komitee hat sich in der Frage geeinigt. Erst im Bezirksschulrat war eine Art Respekt-Opposition vorhanden und in der Reichspost ist die Sache aufgebauscht worden. wurden Bücher ausgeschaltet, die nützlicheren Büchern Raum geben sollen. Dadurch wird aber das Andenken an Dr. Lueger nicht ausgeschaltet, auch dann nicht, wenn Bücher von niedrigem Personenkultus ausgeschieden werden. Dieser Kultus braucht nicht betrieben werden, wenn man seine Leistungen, die unter seiner Führung von der Gesamtheit vollbracht wurden, anerkennt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

St.R. Richter beantragt die Erhöhung des Vorschusses für die Menagewirtschaft der städtischen Feuerwehr von 1 Million auf 5 Millionen Kronen.

GR. Paulitschke (Chr-Soz) wünscht, daß das Frühstück der Feuerwehr - schwarzer Kaffee - verbessert werde. Er beantragt, daß die Feuerwehrabteilung, die auf dem Stephansturm den Feuertienst versah und das Schlagwerk besetzte, aufgelassen wurde, obgleich sich das Kirchenmeisteramt zu einer Erhöhung des Beitrages bereit erklärte. Diese Feuerwache solle wieder hergestellt werden.

Der Referent sagt zu, sich über diese Angelegenheit Bericht erstatten zu lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag genehmigt.

GR. Schleifer (Soz-Dem) berichtet über die Erhöhung der Arbeitszulagen der Pflinglinge der städtischen Versorgungsanstalten. Bisher betragen die Gebühren für einen Arbeitspflingling täglich 7 - 8 K bei 6stündiger Arbeitszeit. Entsprechend den Teuerungsverhältnissen wird eine Erhöhung dieser Gebühren um 100 - 150 % vorgeschlagen. Das Gesamterfordernis für die Mehrauslagen beträgt 8,862.000 K, die im Voranschlag pro 1922 gedeckt sind. An sämtlichen Humanitätsanstalten stehen 1638 Pflinglingsarbeiter in Verwendung.

GRin Wiesch (Chr-Soz) bemerkt, die Vorlage habe den Anschein, daß die alten Leute von der Gemeinde ausgenützt werden und billige Arbeiter abgeben müssen. Auf Versorgung durch die Gemeinde Wien haben diese im Dienste der Arbeit alt gewordenen armen Menschen vollen Anspruch und es geht nicht an, ihre letzte Arbeitskraft für ein Paar Heller auszugeben. Ganz unzulässig sei auch, diese alten Leute zur Nacharbeit zu verwenden. Der Referent möge Auskunft geben, ob die Meldung der Pflinglinge zur Arbeit freiwillig erfolgt oder unter Umständen, die einem Zwange gleichkommen. Es wäre angezeigt, die Vorlage einer Prüfung zu unterziehen.

Der Referent weist darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Heimatsgesetzes, das aus früherer Zeit stammt, die Pflinglinge zur Arbeit herangezogen werden können, allerdings nicht dazu gezwungen. Es wird auch auf sie kein Zwang ausgedrückt, es melden sich im Gegenteil viele freiwillig zur Arbeitsleistung. Diese werden nach Tunlichkeit entlohnt, da sie ja nicht als volle Arbeiter gelten können, sondern nur Hilfskräfte sind. Die Pflinglingsarbeiter sind mit der neuen Entlohnung zufrieden, die eine Verbesserung gegenüber früher darstellt. Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

GR. Siegel (Soz-Dem) berichtet über den Antrag, das Mehrerfordernis beim Pferdefuhrwerksbetriebe von 97,598.930 K, welches in den Mehreinnahmen bedeckt, ferner Ueberschreitungen bei der städtischen Straßenpflege von insgesamt 228,035.610 K zu genehmigen und folgende Zuschüsse zu bewilligen: „Inventarnachschaftungen für den städt. Fuhrwerksbetrieb“ 304.620 K, „Inventarnachschaftungen für die städt. Straßenpflege“ 1,000.000 K, „Betrieb der städt. Straßenpflege“ 56,343.010 K.

GR. Doppler (Chr-Soz): aus dem Referat erfährt man, daß es in Wien so etwas wie eine städtische Straßenpflege gibt. In der Praxis merkt man davon aber nichts. Seit dem letzten Schneefall ist zur Säuberung der Fahrbahnen und Gehwege nichts Wesentliches geschehen.

(GR. Müller (Soz. Dem.). Das war auch unter Weiskirchner nicht anders.)
Man darf nicht nur Zuschußkredite beanspruchen, sondern es muß auch für das Geld etwas geschehen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) sagt in seinem Schlußworte, GR. Doppler habe bei der Darstellung der Verhältnisse sehr stark übertrieben. Es sei zweifellos, daß der Schneefall seine Folgen zeitigt, es habe aber immer einige Tage gedauert, bis der Schnee abgeführt wurde. Es werde ununterbrochen an der Schneesäuberung gearbeitet und gegenwärtig seien bereits 25 Millionen dafür verausgabt worden. Die Säuberung von einem Kubikmeter Schnee koste 1000 K, da müsse man soviel als möglich haushalten. Ueberdies seien gegenwärtig von den 2400 ständigen Schneearbeitern 900 im Krankenstande. Was die Straßensäuberung im allgemeinen betreffe, so müsse zunächst die Bevölkerung dazu erzogen werden, die Straßen nicht unnötigerweise so arg zu verunreinigen. Auf der Praterstraße allein würden alle Montag ein Kubikmeter Papier gesammelt. Gegenwärtig sei man daran, die maschinelle Straßensäuberung auszubauen, wodurch sich die Verhältnisse auch besser gestalten werden.

GR. Schneider (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschußkredites von 14,4 Millionen Kronen für die öffentliche elektrische Beleuchtung für das zweite Halbjahr 1921 zu den bereits verausgabten 5,5 Millionen Kronen.

GR. Paulitschke (Chr. soz.) bemängelt die Straßenbeleuchtung und verlangt deren Verbesserung.

Der Referent weist in seinem Schlußworte darauf hin, daß die Straßenbeleuchtung nach Möglichkeit nach und nach verbessert werde.

Der Antrag wird genehmigt.

StR. Professor Dr. Tandler berichtet über die Reform der Verköstigung für Pflinglinge und Angestellte in den städtischen Humanitätsanstalten mit Ausnahme der Kinder- und Jugendanstalten und weist darauf hin, daß es sich hierbei um die Verbesserung und um die Rationierung der Kost handelt. Bezüglich werden Vorschriften für die Verabreichung von Kostzubussen getroffen.

Hin. Walter (Chr. soz.) bespricht die einzelnen Punkte des Referates, die sie geändert wissen will.

Nach dem Schlußworte des Referenten wird die Vorlage angenommen.

Der Bürgermeister gibt dann folgende Erklärung ab: Es ist mir die erfreuliche Mitteilung gemacht worden, daß am 17. Jänner also 26 Tage nach der gründenden Generalversammlung der „WAG“ der Stollenanschlag im Baule 2 der Ybbwerke stattgefunden hat. An diesem Tage ist der Voreinschnitt des großen Frieslingstollens bei Halsreith in Angriff genommen worden. Am anderen Ende des Stollens in St. Georgen am Reith werden in den allernächsten Tagen die Bohrarbeiten aufgenommen werden. Ich bringe dieses Ereignis dem Gemeinderate zur Kenntnis und gebe der Befriedigung Ausdruck, daß es in so kurzer Zeit gelungen ist, den Weg zur Beschaffung von Baukapital zu ebnen und dadurch ein Werk in Angriff zu nehmen, welches bestimmt ist, einen Teil des Kraftbedarfes der Stadt Wien aus hydraulischen Anlagen zu decken. Ich hege die Zuversicht, daß

die in Aussicht genommene Bauzeit nicht überschritten wird und seitens der Direktion der „WAG“ alle Einrichtungen getroffen werden, die ein rasches Fortschreiten des Bauwerkes erwarten lassen. Ich teile ferner mit, daß für die Aufnahme der Anleihe von 4 Milliarden Kronen im Wege von 5%igen Teilschuldverschreibungen der „WAG“, welchen die Pfandelsicherheit durch die Beschlüsse der Nationalversammlung und des Bundesrates zuerkannt wurde, Vorsorge getroffen ist. Für das Gelingen des großen Werkes sind mithin die Vorbedingungen geschaffen und ich hoffe, daß der Erfolg auf unserer Seite sein wird. Der Vierteljahrsbericht wird in 14 Tagen erstattet. (Allgemeiner Beifall).

GR. Weigel (Soz. Dem.) berichtet über die Bezugserhöhungen für die Kollektivvertragsbediensteten der städtischen Straßenbahnen und der städtischen Kraftstellwagenunternehmung. Es wurde verlangt, daß die Teuerungszulage um 100% erhöht, die Gleitzulage in die Ueberstundenentlohnung einbezogen und die Entlohnung für den Dienst in der freien Zeit und an den freien Tagen um 50% erhöht werde. Die Verwendungsgebühr solle eine Erhöhung von 200% erfahren, alle sonstigen kleinen Zulagen im gleichen Masse erhöht werden. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten mußte mit einigen Abstrichen vorgegangen werden, doch wurde im Wesentlichen den Wünschen der Bediensteten nahegekommen. Die gleitende Zulage konnte mit Rücksicht auf den Vertrag in die Ueberstunden nicht einbezogen werden. Für jene Zweige der Bediensteten, die die volle Achtstundenarbeitszeit haben, wurde ein Separatpauschbetrag von 150 K festgesetzt. Das Erfordernis für die Zugeständnisse beträgt 6,4 Milliarden Kronen bei der Straßenbahn und 78 Millionen Kronen bei der Stellwagenunternehmung.

GR. Doppler (Chr. Soz.) erklärt, nicht gegen den Kollektivvertrag zu sprechen. Er müsse aber darauf verweisen, daß der Umgang eines Teiles der Straßenbahnbediensteten mit dem Publikum manches zu wünschen übrig lasse. Durch Belehrung könne hierin Wandel geschaffen werden und dem Personal seine Pflichterfüllung eingeschärft werden.

GR. Holabek (Chr. Soz.) bemerkt zu den von dem Vorrédner gerügten Mißständen, daß zweifellos auch das Publikum vielfach daran die Schuld trage und daß die Bediensteten sich alle Mühe geben, ihren Dienstpflichten gerecht werden zu können.

Der Referent entgegnet auf die Ausführungen Dopplers, es sei zweifellos richtig, daß manche Bedienstete den Fahrgästen gegenüber es an Entgegenkommen fehlen lassen. Das seien aber nur wenige und die Bediensteten selbst bestreben sich aus eigenem Antrieb Uebelstände abzuschaffen. Mit fortschreitender Besserung des Wagenparkes und durch konstante Erziehungsarbeit jenes Personals, das heute noch nicht entspricht, werde den berechtigten Klagen Abhilfe geschaffen werden.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.